E 1.1 Ablehnung LNG-Terminal in Brunsbüttel und der Leistungstrasse bis Hetlingen/Stade

Antragsteller*in: Stephan Wiese

Änderungsantrag zu E 1

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:
Gespräch zum Thema LNG zu führen und sich im Sinne unseres Antrages zu positionieren.Bündnis90-Die Grünen Landesverband SH fordern insbesondere,dass ein LNG-Terminal in Brunsbüttel keinesfalls aus staatlichen Mitteln finanziert werden darf und dass die im Landeshaushalt bereits für dsas LNG-Terminal Brunsbüttel vorgesehenen Rückstellungen zu löschen sind.

Begründung

Der LNG -Terminal ist bisher noch nicht im Genehmigungsverfahren und eine Investitionsentscheidung des Investors wird nicht vor 2022 fallen. Bereits jetzt angesichts der Unklarheit der Investitionsentscheidung hohe Rückstellungen zu bilden,erscheint haushaltsrechtlich bedenklich und bindet möglicherweise eine Landesregierungn mit anderen Mehrheit. Eine staatliche Förderung des LNG -Terminals ist auch angesichts der nur zu 60% ausgelasteten LNG -Terminals im europäischen Energieverbund nicht vertretbar.

Unterstützer*innen

Kurt Reuter (KV Stormarn); Philipp Schmagold (KV Kiel); Gerd Weichelt; Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Rainer Borcherding; Detlef Matthiessen, KV RD-ECK; Anette Zierke; Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Regina Klünder (KV Kiel); Pamela Masou (KV Pinneberg)